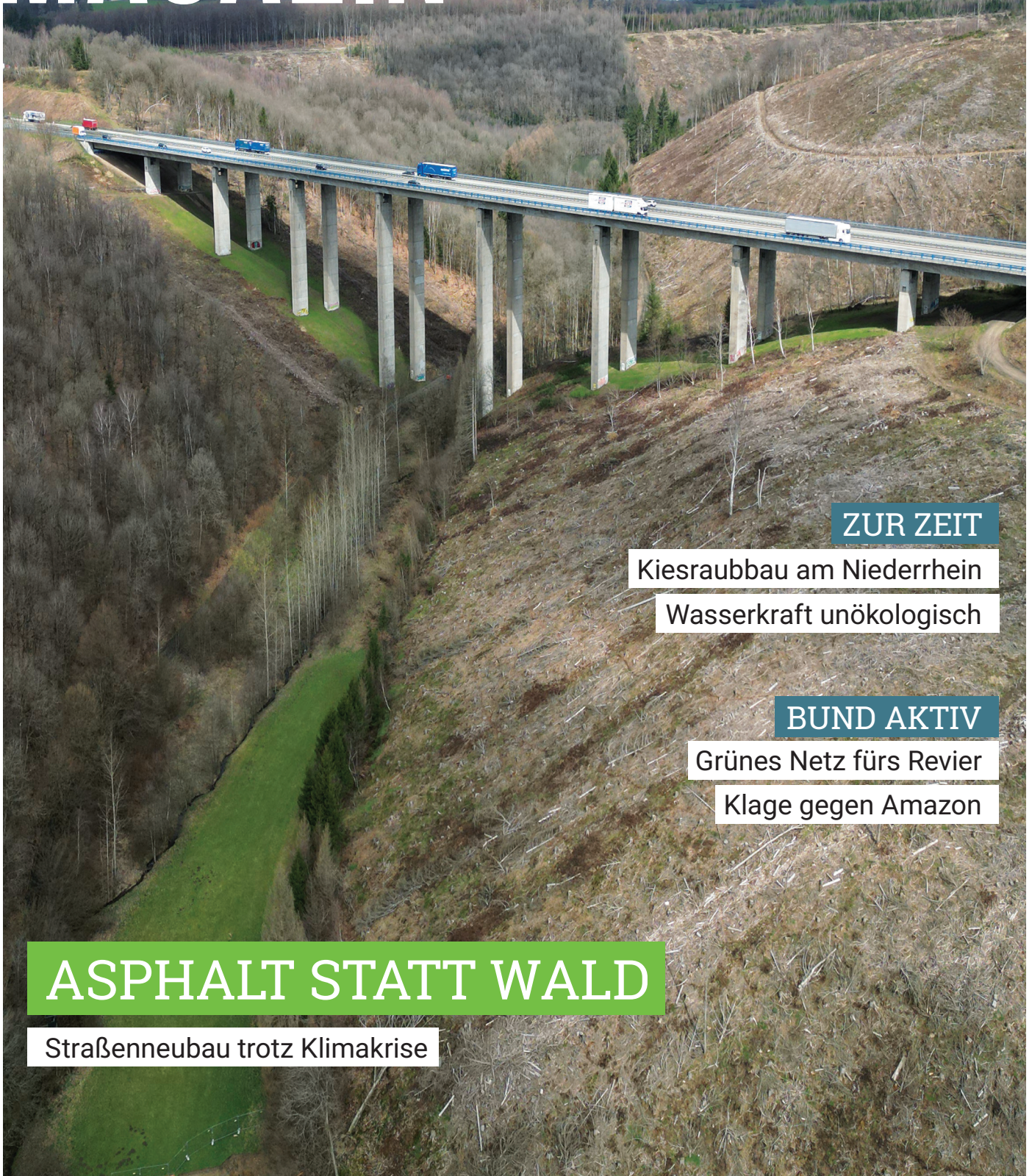


# MAGAZIN



## ZUR ZEIT

Kiesraubbau am Niederrhein

Wasserkraft unökologisch

## BUND AKTIV

Grünes Netz fürs Revier

Klage gegen Amazon

# ASPHALT STATT WALD

Straßenneubau trotz Klimakrise

## Verkehrspolitik

# ENDLICH UMSTEUERN

Der Verkehr bleibt ein klimaschutzpolitisches Sorgenkind. Doch anstatt endlich in Richtung einer zukunftsfähigen Mobilität umzusteuern, regiert das "Weiter-so". Der BUND nimmt das nicht hin.

### PROBLEMFALL VERKEHR

Mitte März veröffentlichte das Umweltbundesamt seine 2022er-Prognose der Treibhausgasemissionen der einzelnen Sektoren in Deutschland. Wenig überraschend schneidet der Verkehrssektor abermals desaströs ab. Eine Lücke von bis zu zehn Millionen Tonnen zu dem sektorspezifischen Minderungsziel diagnostizierte die Behörde - eine schallende Ohrfeige für den zuständigen Bundesverkehrsminister Volker Wissing. Doch statt einfache und kurzfristig wirksame Maß-

nahmen wie ein allgemeines Tempolimit oder den längst überfälligen Verzicht auf den Straßenneubau zu priorisieren und die Schiene endlich zu stärken, kämpft Wissing für E-Fuels und bricht damit das deutsche „Ja“ zum Verbrenner-Aus. Hinzu kommen die Ergebnisse aus dem Koalitionsausschuss Ende März, die einer politischen Absage an eine ambitionierte, klimaschonende Verkehrspolitik gleichkommen. Anstatt den Bundesverkehrsminister für sein Versagen in die Pflicht zu nehmen, sollen zukünftig einfach die Sektorziele aus dem Klimaschutzgesetz gestrichen werden.

### BUND-AKTION IN AACHEN

Dass die Mobilitätswende nicht die oberste Priorität bei Bundesverkehrsminister Volker Wissing genießt, zeigte sich bei der Verkehrsminister\*innenkonferenz am 22. März in Aachen. Der BUND reiste mit einer kleinen NRW-Delegation an, um die bundesweite Petition „Zukunft sinnvoller planen: keine neuen Autobahnen“ an ihn zu übergeben. 80.000 Unterschriften gegen die aktuelle Verkehrspolitik wurden hier gesammelt. Die Botschaft war klar: Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP)

muss grundlegend an die Erfordernisse einer echten Mobilitätswende angepasst werden, die unzähligen Neu- und Ausbauprojekten allein in NRW - aber auch bundesweit - gehören gestrichen.

Doch weder der Bundesverkehrsminister noch eine Vertretung wollten die Unterschriften in Empfang nehmen, Wissing war erst gar nicht angereist. Oliver Krischer, NRW-Verkehrsminister und aktuell Vorsitzender der Verkehrsminister\*innenkonferenz, kam indes, um die Unterschriften mit nach Berlin zu nehmen. Er plädierte für klare Prioritäten in Sachen Infrastrukturerhalt, insbesondere bei Brücken. Klimaschädliche Neu- und Ausbauprojekten seien nicht mehr zukunftsfähig, so die Ansage nach Berlin.

### SÜDWESTFALEN IM FOKUS

Während in Berlin weiter über Planungsbeschleunigung auch von Fernstraßen beraten wurde, sorgte in Nordrhein-Westfalen eine Pressemitteilung des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr für Aufsehen. Betreffend das Ausbauprojekt der A46/B7n bei Hemer teilte das Ministerium am 28. März mit: „Angesichts der unvermeidbaren Konzentration des





Seit Jahrzehnten kämpft der BUND gegen den Weiterbau der A46/B7n durch das Sauerland.

knappen Personals auf Sanierung und Erhalt erscheint uns die Fortführung der Neubau-Planung angesichts der enormen Herausforderungen und Konflikte, die das Projekt mit sich bringt, aber auch aufgrund des fehlenden regionalen Konsenses, sehr schwierig. [...]"

Ein überraschendes aber folgerichtiges Signal für den BUND und die Bürgerinitiative GIGA46. Der jahrzehntelange Kampf gegen dieses Projekt scheint endlich Früchte zu tragen. Stefan Neuhaus, Sprecher der GIGA46 und BUND-Mitglied, zeigt sich zuversichtlich: „Eine ganze Region stemmt sich gegen das Projekt, der Dialogprozess ist gescheitert, das Land setzt andere Prioritäten, jetzt liegt es an Berlin, das Projekt endgültig ruhen zu lassen.“ Auch einige Kommunen aus der Region hatten sich bereits mit entsprechenden Ratsbeschlüssen gegen den Autobahnausbau ausgesprochen. Mit dieser Aussage setzt Oliver Krischer ein wichtiges Signal nach Berlin. Erhalt vor Neubau lautet die Devise, die auch der BUND schon lange fordert.

Doch ist das Projekt damit gestorben? Stunden später relativierte Krischer diese Meldung mit Blick auf Berlin. Doch das Si-



Verkehrsminister Oliver Krischer nimmt die Appelle von BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen entgegen.

gnal ist das richtige. In Zeiten des Klimawandels braucht es einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik. Beim WDR-Stadtgespräch am 30. März unter Beteiligung von BUND Vorstandsmitglied Klaus Brunsmeier in Menden zeigten die Teilnehmenden deutlich, dass sie keine klimaschädlichen Autobahnprojekte in der Region haben wollen.

### 66 VON 144 AUSBAUVORHABEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Fatale Wirkungen entfalten die Beschlüsse des Koalitionsausschusses der Bundesregierung Ende März für NRW. 66 der 144 priorisierten Ausbauprojekte sollen hierzulande beschleunigt realisiert werden. Auch Brückenneubauten inklusive Spurenerweiterung sind im Beschluss vorgesehen. Mit dabei die Ausbauprojekte an der A3 und der A45, an denen zahlreiche BUND-Aktive gegen weitere Flächenversiegelungen und Naturzerstörungen kämpfen und auch klagen. „Es kann nicht sein, dass wir über Planungsbeschleunigung bei Autobahnausbauprojekten diskutieren, wenn gleichzeitig viele hunderte Brücken in Nordrhein-Westfalen marode sind und die Klimaziele im Ver-

kehrssektor deutlich verfehlt werden,“ kritisiert Stephan Baur, Referent für zukunftsfähige Mobilität beim BUND-Landesverband. Laut Beschlusslage aus Berlin sollen die Bundesländer die Prioritäten beim Straßenausbau vorgeben. Unsere Forderungen sind klar: Verzicht auf alle klima- und umweltschädlichen Ausbauprojekte. Wie jetzt mit den zahlreichen Neubausvorhaben der Wissensliste umgegangen werden soll, ist ungewiss - ein Planungsstopp ist aktuell nicht zu erwarten. Wir müssen den Widerstand hochhalten, denn ein Weiter-so darf es nicht mehr geben.



#### MEHR ZUM THEMA

[www.bund-nrw.de/mobilitaet](http://www.bund-nrw.de/mobilitaet)



Knapp ein Jahr Erfahrung liegt nunmehr mit der ersten schwarz-grünen Koalition in NRW vor. Die erste Zwischenbilanz ist schon sehr ernüchternd.

Das prominenteste Beispiel ist sicher die Energiepolitik.

Zwar wurde der Kohleausstieg für 2030

dingfest gemacht. Doch RWE wurden Kohlemengen zugesichert, die das Paris-Abkommen unterlaufen, Lützerath wurde dabei ohne Not geopfert. Klimaschutz geht anders! Zwar wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien endlich angepackt, jedoch der 1000-Meter-Abstand weitgehend beibehalten, damit unnötig Druck auf den Freiraum erzeugt und viel geeignete Fläche für Erneuer-

## Ein Jahr Schwarz-Grün

bare erst einmal ungenutzt gelassen. Es ist ebenso ein handwerklicher Fehler, den Landesentwicklungsplan allein wegen der erneuerbaren Energien neu aufzulegen, dabei aber Aufgaben wie beispielsweise Flächensparziele oder Schutzgebietsanteile hintanzustellen.

Mit der Zerschlagung des Umweltministeriums hat man sich selbst für Monate lahm gelegt. Als Verkehrsminister hat Oliver Krischer die eine oder andere verbale Duftmarke gesetzt. Aber das erstaunlich wenige, was im „Zukunftsvertrag“ der beiden Parteien überhaupt zur Biodiversitätskrise und ihrer Bewältigung steht, liegt noch weitgehend brach.

Nach den fünf Jahren Stillstand und

Rückschritt unter Schwarz-Gelb waren und sind Impulse für eine nachhaltige Entwicklung des Landes mehr als dringend. Bislang sind diese leider kaum feststellbar.



Holger Sticht  
Landesvorsitzender

Kiesraubbau

## DER NIEDERRHEIN IN AUFRUHR

**D**ie schwarz-grüne Landesregierung ist angetreten, perspektivisch aus dem Kiesabbau in besonders belasteten Gebieten auszusteigen, eine Rohstoffabgabe einzuführen und umweltfreundliche Alternativen zu fördern. Doch die entsprechenden Änderungen des Landesentwicklungsplans (LEP) lassen auf sich warten. Gleichzeitig forciert der Regionalverband Ruhr (RVR) mit der Änderung des Regionalplans Ruhr die Ausweisung neuer Flächen für den Kies- und Sandabbau. Ein Widerspruch.

Auf Einladung des Aktionsbündnis Niederrheinappell sowie von BUND und Nabu stellte sich Landeswirtschaftsministerin Mona Neubaur Ende März der geballten Kritik von etwa 200 Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen einer Podiumsdiskussion in Kamp-Lintfort. Die Region am Niederrhein befürchtet, zunehmend in einen "Schweizer Käse" aus großflächigen Kiesgruben verwandelt zu werden. Die Proteste sind laut und gehen durch alle Parteien. Das Fazit von



Der RVR plant neue 17 Abgrabungsbereiche und will auf 932 Hektar Kies und Sand fördern.

Foto: Dirk Jansen

BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen fällt ernüchternd aus: „Leider hat Ministerin Neubaur die Chance nicht genutzt, der vom Kies- und Sandraubbau betroffenen Region eine klare Zukunftsperspektive aufzuzeigen. Der RVR will mit dem neuen Regionalplan zugunsten der Abgrabungsindustrie unumkehrbare Fakten schaffen, ehe die neuen und restriktiveren Vorgaben der Landesplanung frühestens 2025 greifen. Dass die Landesregierung offenbar nicht ihre rechtlichen Möglichkeiten nutzen will, dem einen Riegel vorzuschieben, ist unverständlich. So wird eine Möglichkeit vertan, den Niederrhein zu befrieden.“ Bei der für den 1. Januar 2024 geplanten Einführung der Rohstoffabgabe kann die Landesregierung hingegen auf die Unterstützung des BUND zählen. Eine solche

Umweltlenkungsabgabe kann dazu beitragen, ressourcenschonende Alternativen in den Markt zu bringen und das zirkuläre Wirtschaften zu stärken. Insbesondere das Baustoffrecycling muss deutlich ausgebaut werden. Dass die Abgrabungsindustrie gegen die Abgabe Sturm läuft, darf deren Einführung nicht verhindern.

Was aber weiterhin fehlt, ist eine konsistente Rohstoffstrategie für NRW. „Allein schon im Sinne der Generationengerechtigkeit darf es nicht beim Weiter-so-wie-bisher bleiben. Letztendlich führt nichts an einer Politik vorbei, die erst gar keinen Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen verursacht. Das heißt: Wir brauchen eine Wohnungsbauwende, die weitgehend auf Neubau verzichtet und einen Stopp des Straßenbaus,“ so Jansen.



Das linke Foto wurde im Jahr 2020 aufgenommen. Der Blick geht vom Wehr Ohl-Grünscheid zur bewachsenen Kiesinsel in der Agger. Inzwischen wurde die Insel abgebaggert.

Photos: Paul Kröfges

## AUF EINMAL WAR DIE INSEL WEG

Die Wasserkraftnutzung ist wegen ihrer erheblichen Eingriffe in die Gewässerökologie umstritten. Jetzt sorgt ein Beispiel in NRW für Negativschlagzeilen.

**Der BUND hat gegen den Betreiber der Wasserkraftanlagen an der Agger, die Auer Holding GmbH mit Sitz in München, bei der Staatsanwaltschaft Köln Strafanzeige gestellt. Der Vorwurf lautet unter anderem auf Gewässerverunreinigung.**

Die Auer Holding betreibt in Deutschland insgesamt 21 Wasserkraftwerke, sechs davon an der Agger. Eines davon, das Wasserkraftwerk Ohl-Grünscheid, wurde aufgrund eines defekten Stauwehrs im Jahr 2019 stillgelegt. Gut für die Agger, denn sie konnte endlich frei fließen und

sich natürlich entwickeln. 2022 wurde die Anlage dann saniert - und das offenbar mit Brachialgewalt und ohne Rücksicht auf die Ökologie.

Paul Kröfges, Sprecher der BUND-Regionalgruppe Köln und seit 20 Jahren Vertreter der Naturschutzverbände im Aggerverband ist entsetzt: „Wir müssen davon ausgehen, dass der Betreiber zwecks Wiederinbetriebnahme der Wasserkraftanlage in Ohl-Grünscheid größtenteils ungenehmigt umfassende Arbeiten in und neben der Agger hat ausführen lassen. Zudem waren die Auflagen unzureichend, und die Arbeiten wurden offenbar weder kontrolliert noch überprüft.“

Der Eingriff in die Natur ist groß: Kiesbänke wurden ausgebaggert, eine bewachsene Kiesinsel verschwand ganz. Umweltschäden - auch in Bezug auf die Wasserqualität - wurden auch durch den Baggereinsatz, durch Schwertransporte und den Bau eines Kranfundaments am Ufer hervorgerufen. Ein Wanderweg im Hangwald zwischen Wehr und Turbinenhaus wurde zudem in eine breite Bau-

straße verwandelt. Auf Anfrage des WDR behauptete die Auer Holding GmbH, alle Arbeiten seien der Bezirksregierung Köln ordnungsgemäß angezeigt worden. Von etwaigen Schäden an Laichgebieten sei nichts bekannt. Der Sprecher der Bezirksregierung Köln teilte allerdings mit: „Für das Ausbaggern und Umlagern von Kiesbänken wurde von der Bezirksregierung Köln keine Genehmigung oder Freistellung erteilt. Aktuell wird die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitsverfahren geprüft.“ Die Behörde hat der Betreiberin weitere Arbeiten in und an der Agger untersagt. Der BUND ist trotzdem verärgert über das Agieren der Bezirksregierung. Paul Kröfges: „Es ist nicht nachvollziehbar, mit welcher Langmut und welcher Nachlässigkeit die zuständige Bezirksregierung agiert, die Betreiberin gewähren lässt, massive Bauarbeiten im Gewässer monatelang nicht mitbekommt und zu keinem Zeitpunkt irgendeine Kontrollfunktion wahrgenommen hat“. Der BUND hat deshalb bei Umweltminister Oliver Krischer eine Fachaufsichtsbeschwerde eingereicht.



**MEHR ZUM THEMA**

[www.bund-nrw.de/wasserkraft](http://www.bund-nrw.de/wasserkraft)



Foto: Dirk Jansen

Ein grünes Band inmitten von Agrarland und Tagebauen - die BUND-Bahntrasse.

## EIN GRÜNES NETZ FÜR DAS RHEINISCHE REVIER

Was kommt, wenn die Kohle geht? Zur ökologischen Revitalisierung der Region muss Raum für mehr Natur geschaffen werden.

**Mit dem auf 2030 vorgezogenen Braunkohlenausstieg muss auch der Strukturwandel beschleunigt werden. Doch dabei droht die Natur wieder einmal unter die Räder zu kommen. Die Schaffung eines Biotopverbundsystems auf 30 Prozent der Fläche gehört deshalb ganz nach oben auf die politische Agenda.**

Auf mehr als 338 Quadratkilometer Fläche haben sich die Braunkohletagebaue bis heute durch die Niederrheinische Bucht gefräst. Trotz Rekultivierung bleiben dauerhafte Wunden in der Landschaft. Doch anstatt gegenzusteuern, drohen die Fehler der Vergangenheit im Zuge des anstehenden Strukturwandels wiederholt zu werden.

### BIOTOPVERBUND SICHERN

Mit der Sonderplanungszone Rheinisches Revier sollen bewährte Umwelt- und Beteiligungsstandards zugunsten beschleunigter Genehmigungsverfahren ausgehebelt werden. Gleichzeitig wird der Druck auf den Freiraum zur Schaffung neuer Industrie- und Gewerbeflächen erhöht.

Der BUND und die übrigen NRW-Naturschutzverbände LNU und Nabu wollen dem etwas entgegensetzen. Mit finanzieller Unterstützung des Klimaschutzministeriums erarbeiten sie derzeit das Grundlagenkonzept für ein Biotopverbundsystem im Rheinischen Revier. Ein solches grün-blaues Netz von wiedervernetzten Wäldern, Offenlandflächen und Gewässern könnte zum ökologischen Rückgrat der Region avancieren.

Das ist kein "nice to have", sondern eine Verpflichtung. Im Dezember 2022 in Montréal hat die Staatengemeinschaft einen neuen globalen Rahmen für die biologische Vielfalt (Kunming-Montréal Global Biodiversity Framework) verabschiedet. Ein wesentliches Ziel der Vereinbarung ist es,

mindestens 30 Prozent der weltweiten Land- und Meeresfläche bis 2030 unter effektiven Schutz zu stellen. Hierzu muss auch das dann ehemalige Braunkohlenrevier seinen Beitrag leisten.

### 500 MILLIONEN EURO

Zur Realisierung des Biotopverbundsystems muss auch genug Geld bereitgestellt werden. Der BUND hat deshalb gefordert, mindestens 500 Millionen Euro aus dem 15 Milliarden-Strukturwandeltopf für den Biotopverbund zu reservieren. Zu den zentralen Aufgaben gehört es auch, das ermittelte Netz aus Schutzgebieten und Biotopverbundflächen regionalplanerisch zu sichern und zu entwickeln. Der BUND leistet dazu schon seinen eigenen Beitrag. Die etwa 10 Kilometer lange ehemalige Bahntrasse vom Tagebau Garzweiler bis Titz wurde von der BUND NRW Naturschutzstiftung erworben. Sie bildet einen wichtigen Baustein eines künftigen grünen Netzes. Doch auch die Landesregierung muss handeln und den Biotopverbund für ganz NRW verbindlich im Landesentwicklungsplan verankern.

## TAGEBAURESTSEEN UND NATURSCHUTZ

## MEHR PLATZ FÜR DIE NATUR

**N**aturschutz oder Freizeit-Halligalli? In den Restlöchern der Braunkohle-tagebaue sollen gigantische künstliche Seen entstehen. Auch wenn das noch Jahrzehnte dauern wird, ist um deren Gestaltung und Nutzung schon jetzt eine vehemente Debatte entbrannt. Die Naturschutzverbände drängen darauf, die Seen als Chance für mehr Natur in der Region zu sehen.

Nach dem Ende der Braunkohlenförderung verbleiben drei riesige Restlöcher. Bis zu 400 Meter tief, insgesamt mehr als 70 Quadratkilometer groß, sollen sie über Jahrzehnte künstlich mit Wasser gefüllt werden. Dazu sollen die Rur und der Rhein angezapft und das Flusswasser in bis zu 45 Kilometer langen Pipelines in die gigantischen Gruben gepumpt werden. Nach 40 Jahren - so die Hoffnung - sollen so vielfältig nutzbare Seen entstehen. Allein der Hambacher Restsee wäre der nach Volumen zweitgrößte See Deutschlands nach dem Bodensee. Trotz vieler ungeklärter Fragen zur verfügbaren Wassermenge und -qualität haben manche schon blühende touristische Landschaften vor Augen, der Naturschutz droht wieder einmal zu den Verlierern zu gehören. Die NRW-Naturschutzverbände sehen das mit großer Sorge und entwickeln deshalb Alternativkonzepte. So auch für den Tagebau Inden.

## WIDERSTREITENDE INTERESSEN

Im Tagebau Inden endet die Kohleförderung spätestens zum 01. April 2029. Danach soll die Befüllung aus der Rur starten, bis der Indesee ("Indesche Ozean") nach Jahrzehnten vollständig mit Wasser gefüllt ist. Schritt für Schritt wird sich damit auch die Landschaft im Indeland verändern.

BUND-, LNU- und Nabu-Aktive in der Region setzen sich dafür ein, dass im Umfeld des Sees auch der Natur Raum gegeben wird, und haben eine alternative

Restseeplanung entwickelt. Damit soll auch ein Beitrag zum Erreichen des 30 Prozent-Ziels für den Biotopverbund aus dem Kunming-Montréal-Übereinkommen erbracht werden.

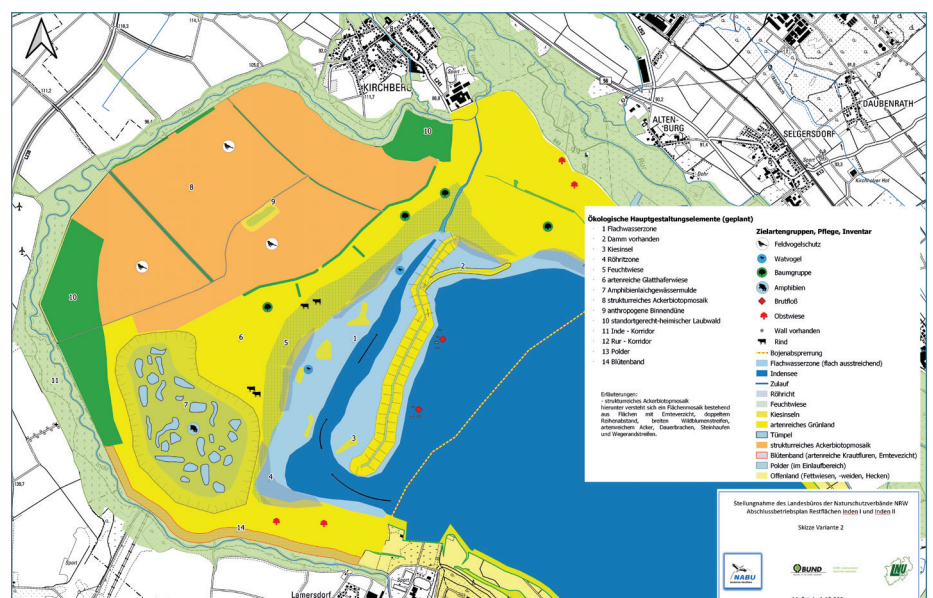
Während der größte Teil des Sees aufgrund seiner Tiefe von bis zu 130 Metern als Lebensraum eher unbedeutend sein wird, könnten dessen Oberfläche und Uferzonen wichtige ökologische Funktionen erfüllen. Allerdings sind die Interessen an den Uferzonen vielfältig. Die Anliegerkommunen möchten die umliegenden Ortschaften zum Wasser hin entwickeln und dabei Freizeit, Tourismus und Wirtschaft fördern. Es sollen Häfen und Fähranlegestellen, Wassersportmöglichkeiten mitsamt der dazugehörigen Infrastruktur, Übernachtungsmöglichkeiten sowie größere und kleinere Badestellen und -strände entstehen.

## ÖKOLOGISCHE ALTERNATIVPLANUNG

Für den Naturschutz bleibt da wenig Raum. Die offiziellen Planungen sehen lediglich einige wenige Flachwasserzonen vor. BUND, LNU und Nabu fordern deshalb,

im nordwestlichen Bereich des künftigen Sees ein Naturschutzgebiet auszuweisen. Dieses soll einen Teil der Seefläche sowie die westlich daran anschließenden, teilweise bereits rekultivierten Ackerflächen beinhalten, von denen ein Teil zu Flachwasser- und Feuchtbereichen umgestaltet werden soll. Der Verbändevorschlag sieht die Modellierung großer zusammenhängender Flachwasserzonen mit Verinselungen, Röhrichten und Schilfflächen vor. Im Übergang zu rekultiviertem Agrarland sollen danach Feuchtwiesen mit Amphibien- und Bruträume für stark bedrohte Arten wie Braunkehlchen, Kiebitz, Uferschnepfe, Sumpfohreule und Bekassine böten. Im Hinblick auf die rekultivierten Ackerflächen selbst halten die Verbände es zum Schutz stark bedrohter Feldvogelarten wie Graumammer, Feldlerche und Rebhuhn für erforderlich, den Fokus auf eine Extensivierung der Landwirtschaft zu legen und außerdem insektenfreundliche Brachen, Ernteverzichtsflächen, Wildblumenwiesen sowie artenreiche Ackerrandstreifen zu schaffen.

„Das Naturschutzgebiet würde einen wichtigen Beitrag zum Biotopverbund im Rheinischen Revier leisten. Flora und Fauna müssen hier Vorrang haben“, betonen die Aktiven.



Mehr Infos: ► [www.bund-nrw.de/braunkohle](http://www.bund-nrw.de/braunkohle)



Foto: Nicole Hellhecker

Logistikzentrum Horn-Bad Meinberg

## KLAGE GEGEN AMAZON

**A**mazon will in Horn-Bad Meinberg ein gigantisches Logistikzentrum "auf der grünen Wiese" bauen. Dafür sollen 23 Hektar zuvor überwiegend landwirtschaftlich genutzter Flächen komplett versiegelt werden. Allein das Gebäude weist eine Grundfläche von mehr als 5 Hektar auf. Mit dem Vorhaben sind massive Eingriffe in den Natur- und Wasserhaushalt und unzulässig hohe Belastungen der Bevölkerung durch zusätzliche Lieferverkehre verbunden. Deshalb hat der BUND jetzt beim Oberverwaltungsgericht des Landes NRW in Münster einen Antrag auf Normenkontrolle des dem Projekt zugrunde liegenden Bebauungsplans eingereicht.

"Der Bau des gigantischen Amazon-Logistikzentrums widerspricht allen politischen Bekundungen zur Reduktion des Flächenverbrauchs und ist ein schwerer Rückschlag für den Schutz der Biodiversität in der Region", sagt der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. „Die Planungen und die bisherigen Bauarbeiten wurden ohne Rücksicht auf geltende Rechtsvorschriften durchgeführt. Deshalb sahen wir uns zum Handeln gezwungen.“

So wurden unter anderem die Vorgaben des übergeordneten Flächennutzungsplans missachtet, ebenso verschiedene Landschaftsschutzgebiets-Verordnungen. Zudem gibt es massive Eingriffe in die angrenzenden Bachtäler und Biotopverbundflächen. Auch die Klimawirkungen durch die immense Flächenversiegelung, die extrem klimaschädliche Bauweise und eine dramatische Zunahme des Schwerlast- und Pendelverkehrs sind in der Planung entweder komplett unberücksichtigt gelassen oder beschönigt worden.

Der BUND-Landesverband wird bei seiner Klage maßgeblich durch die BUND-Kreisgruppe Lippe unterstützt, die bereits vor der Genehmigung des Bebauungsplans in umfangreichen Stel-

lungnahmen auf die rechtlichen Konflikte hingewiesen hatte. „Die Umsetzung einer dermaßen rücksichtslosen, nur auf die Interessen eines Weltkonzerns ausgerichtete Planung, können wir nicht hinnehmen.“

Der BUND sieht gute Erfolgsaussichten seiner Normenkontrollklage. Denn die Folgen des Projekts für Natur, Landschaft und den Artenschutz sind nicht rechtskonform ermittelt worden. Gleiches gilt für die rechtlich vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen für die zerstörten Fortpflanzungs- und Ruhestätten der betroffenen Arten.



**MEHR ZUM THEMA**

[www.bund-nrw.de/verbandsklagen](http://www.bund-nrw.de/verbandsklagen)



## TERMINE

Fr. 19.05. 18.30 Uhr	<b>BUND-Landesarbeitskreis Verkehr</b> <i>online</i> <i>Anmeldung: <a href="mailto:stephan.baur@bund.net">stephan.baur@bund.net</a></i>
Fr. 26.05. 21.30 Uhr	<b>Exkursion:</b> <b>Auf den Spuren des Gartenschlänglers</b> <i>Köln-Gremberghoven</i>
Sa. 01.07. 14.00 Uhr	<b>Botanische Kartierungen zur Stadtnatur und deren Dokumentation</b> <i>Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache</i>
Di. 26.09. 17.00 Uhr	<b>Gekonnt kontern: Geschickter Umgang mit Hatern, Ätzern und Nörglern</b>
So. 22.10. 10.30 Uhr	<b>Vorankündigung:</b> <b>Landesdelegiertenversammlung 2023</b> <i>Historischer Saal der Volkshochschule Bielefeld</i> Die diesjährige Delegiertenversammlung des BUND NRW findet am Sonntag, den 22. Oktober 2023 von 10.30 Uhr bis 18.00 Uhr in Bielefeld statt. Der Vorschlag zur Tagesordnung sieht den Rechenschaftsbericht des Landesvorstands, Berichte, Wahlen (u.a. Neuwahl der BDV-Delegierten), Finanzen und Anträge vor.

Mehr Infos und weitere Termine: ► [www.bund-nrw.de/termine](http://www.bund-nrw.de/termine)

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211-30 200 5-0, Fax -26, [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de) • **Redaktion und Layout:** Dirk Jansen, Geschäftsleiter, Tel. 0211-30 200 522, [dirk.jansen@bund.net](mailto:dirk.jansen@bund.net) • **Auflage:** 23.900 • **Druck und Versand:** Evers-Druck GmbH, Meldorf • **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, IBAN: DE26 3702 0500 0008 2047 00 • **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.06.2023. © BUND NRW e.V., Mai 2023